

CHINA aktuell

MANGEL AN QUALIFIZIERTEN ARBEITSKRÄFTEN

Der Staatsrat plant eine Konferenz, bei der Maßnahmen gegen die strukturellen Probleme des Arbeitsmarktes beschlossen werden sollen. Nach Angaben eines Angestellten des Ministeriums für Arbeit und soziale Sicherheit sei innerhalb des Ministeriums eine Debatte über die Proteste entlassener Arbeiter und über das Ausmaß der Arbeitslosigkeit entbrannt.

Einigkeit herrscht darüber, dass China ein Überangebot an ungelernten Arbeitskräften, aber einen Mangel an qualifizierter Arbeitskraft habe. In den östlichen und südlichen Landesteilen sei es teilweise schwierig, Arbeiter mit grundlegenden Fähigkeiten zu finden.

Hauptadressat der Regierungsmaßnahmen für die nächsten beiden Jahre sollen entlassene Arbeiter zwischen 40 und 50 Jahren sein, für die Jobs im Dienstleistungsbereich geschaffen werden sollen. Ein Pilotprojekt in Shanghai soll 21.000 Männer und Frauen dieser Altersgruppe an Sicherheits- und Reinigungsdienste sowie in den Umweltbereich vermitteln. Dort sollen sie für einen Monatslohn von 400 Yuan arbeiten, der durch einen Zuschuss der Stadtregierung von 280 bis 400 Yuan aufgestockt wird. (SCMP, 30.4.02)

SOZIALES SICHERUNGSSYSTEM

Laut dem Weißbuch des Staatsrats stellte die Zentralregierung im letzten Jahr 98,2 Mrd. Yuan für Ausgaben zur sozialen Sicherheit bereit. Dies sei mehr als das Fünffache der Summe von 1998, als die Regierung eine „Politik der zwei Garantien“ angenommen habe. Für entlassene Staatsangestellte und für Pensionäre soll eine Grundversorgung bereitgestellt werden.

Ende letzten Jahres hätten 103 Mio. städtische Beschäftigte eine Arbeitslosenversicherung gehabt, in die sie 1% und der Arbeitgeber weitere 2% des Lohns einzahlten. Langfristig soll die Arbeitslosenversicherung im Rahmen der „Zwei Garantien“ mit dieser neuen Form der Arbeitslosenversicherung zusammengebracht werden.

Im letzten Jahr wurden an 4,63 Mio. entlassene Arbeiter von Staatsbetrieben eine Gesamtsumme von 13 Mrd. Yuan gezahlt, teilte das Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit in

seinem Bericht zum vierten Quartal mit.

An der Rentenversicherung hätten 108 Mio. Beschäftigte teilgenommen, heißt es im Weißbuch. Etwa 34 Mio. Rentner erhielten monatliche Pensionen von 430 bis 556 Yuan. Laut dem Quartalsbericht beliefen sich die Zahlungen auf insgesamt 205 Mrd. Yuan. (BBC PF, 2.3.02)

Mit dem Weißbuch möchte die Regierung vor allem signalisieren, dass sie die Bedeutung des Problems Arbeitslosigkeit erkannt hat. Im März war es in Chinas Nordosten zu einer Protestwelle gekommen. „In vielen Gebieten erheben sich entlassene Arbeiter gegen die Staatsgewalt,“ sagt Professor Liu Wei von der Beijing-Universität. Der Wirtschaftswissenschaftler schätzt die städtische Arbeitslosenrate auf 14,6%. In seinen Berechnungen sind auch die nicht offiziell registrierten Arbeitslosen enthalten. Auf dem Lande seien 24% der 500 Mio. arbeitsfähigen Menschen arbeitslos.

Der Arbeitsmarktforscher Liu Erduo von der chinesischen Volksuniversität befürchtet, dass sich die ländliche Arbeitslosigkeit weiter erhöhen wird. Infolge des WTO-Beitritts erwartet er sinkende Getreidepreise. Dies werde die Landflucht verstärken und letztlich auch die Probleme am städtischen Arbeitsmarkt verschärfen.

Ökonom Ma Jun von der Deutschen Bank Hongkong empfiehlt, die Regierung solle strukturelle Reformen beschleunigen, die den Privatsektor ankurbeln, anstatt Geld in Sektoren zu pumpen, in denen es soziale Unruhen gegeben habe.

Das im Weißbuch proklamierte Ziel, die offizielle Arbeitslosenrate bei 5% zu begrenzen, scheint wenig realistisch zu sein. Umso dringlicher ist der Aufbau eines sozialen Sicherungssystems, das die Auswirkungen der Krise mildern könnte. (AWSJ, 29.4.02; *Straits Times*, 30.4.02) -bö-

SVR Hongkong

37 Konkrete Pläne für Einführung eines Ministerialsystems

Nach mehreren Vorankündigungen seit dem Jahr 2000 hat Regierungschef (*Chief Executive*) Tung Chee-hwa am 17. April der Öffentlichkeit konkrete Pläne für die Einführung eines Ministerialsystems vorgelegt, die den stärksten institutionellen Eingriff in das politische System der Sonderverwaltungsregion seit der Übergabe im Jahr 1997 vorsehen. Trotz der heftigen Kritik aus dem demokratischen Lager, die die Pläne auf sich gezogen haben, dürften sie aller Voraussicht nach mit Beginn der zweiten Amtszeit Tung Chee-hwas als *Chief Executive* am 1. Juli 2002 verwirklicht werden (Hinweis: Auch im Folgenden werden der Eindeutigkeit halber die offiziellen englischen Amtsbezeichnungen verwendet, da mögliche deutsche Übersetzungen wenig geeignet sind, die Eigenheiten des politischen Systems Hongkongs wiederzugeben).

Seit rund zwei Jahren wogt in Hongkong eine kontroverse Debatte über die Einführung eines Ministerialsystems als Lösung für ein Grundproblem des politischen Systems, welches man in der wechselseitigen Lähmung von Exekutive und Legislative erkannt hatte. So wurde die Arbeit der Exekutive durch ihre mangelnde demokratische Legitimation und Unterstützung im *Legislative Council* immer weiter erschwert, während letzterer aufgrund mangelnder Einflussmöglichkeiten auf die Exekutive immer stärker an politischen Gestaltungsmöglichkeiten verlor. Verschiedene Modelle wurden diskutiert, darunter das britische Modell, in dem die Minister von Mitgliedern der Legislative gestellt werden, und das US-amerikanische Modell, in dem mit dem Antritt eines neuen Präsidenten die gesamte Verwaltung ausgetauscht wird (vgl. C.a., 2000/7, S.785-796, 2000/10, Ü 35, 2001/1, Ü 35, 2001/5, Ü 33, 2001/7, Ü 28, 2001/10, Ü 30).

Der nun vorgestellte Vorschlag Tung Chee-hwas folgt weder dem britischen noch dem amerikanischen Modell. Vielmehr sieht er die Einsetzung einer neuen Schicht von Ministern bzw. „politischen Spitzenbeamten“ (*principal officials*) vor, die den verschiedenen Verwaltungsressorts des *Civil Service* vorangestellt werden und diese jeweils politisch leiten sollen. Im Sinne eines Kabinetts sollen diese Minister künftig dem *Chief Executive*, der sie persönlich einberuft und gegebenenfalls auch abberufen kann, direkt verantwortlich und auf seine politische Führung verpflichtet sein. Ihre Ämter sollen grundsätzlich befristet vergeben werden, wobei ihre Amtszeit innerhalb der fünfjährigen Amtszeit des *Chief Executive* liegen wird.

Insgesamt sollen 14 solcher politischer Spitzenämter geschaffen werden. Es handelt sich um den *Chief Secretary of Administration*, den *Financial Secretary* und den *Secretary of Justice* sowie elf weitere *Secretaries* bzw. *Directors of Bureau* (Verwaltungsdirektoren), nämlich den *Secretary for the Civil Service*, den *Secretary of Commerce, Industry and Manpower*, den *Secretary of Economic Development*, den *Secretary for Education*, den *Secretary of the Environment, Health and Welfare*, den *Secretary for Financial Services and the Treasury*, den *Secretary for Home Affairs*, den *Secretary for Housing, Planning and Lands*, den *Secretary for Security* und den *Secretary for Transport and Works*. Die bisherigen 16 Verwaltungsbehörden der Hongkonger Regierung sollen entsprechend zu elf Ressorts fusioniert bzw. restrukturiert werden (vgl. Schaubild C.a., 2000/7, S.798). Die ihnen vorstehenden, aus dem *Civil Service* rekrutierten *Secretaries* bzw. *Directors* sollen als *Permanent Secretaries* (ständige Sekretäre) mit gleichem Dienstrang wie zuvor beibehalten werden, doch werden sie ihre bisherige Aufgabe der Politikformulierung an die jeweiligen Minister abtreten.

Die Pläne sehen ferner vor, die 14 Minister zu Mitgliedern des *Executive Council* zu berufen, eines Beratungsgremiums des *Chief Executive*, das bisher wenig konkrete politische Funktionen besaß. Mit der neuen Zusammensetzung des *Executive Council* soll so in Zukunft die Abstimmung zwischen den verschiedenen Ressorts, für die

Minister jeweils umfassend zuständig sein werden, und die Kohärenz der politischen Führung verbessert werden. In dieser Funktion sollen den Ministern auch übergreifende Kompetenzen im personellen und finanziellen Bereich zukommen. Um die Koordination zu erleichtern, soll das Sekretariat des *Executive Council* in das Büro des *Chief Executive* verlegt werden.

Die Aufgaben der neu einzusetzenden politischen Spitzenbeamten bestehen darin, die Regierungspolitik für die verschiedenen Ressorts mit der öffentlichen Meinung und gesellschaftlichen Interessen abzustimmen und entsprechende politische Ziele, Strategien und Maßnahmen zu formulieren. Als Mitglieder des *Executive Council* sind sie für die politischen Entscheidungen der Exekutive kollektiv verantwortlich. Ferner sollen sie die Zusammenarbeit zwischen Exekutive und Legislative effizienter gestalten und sich aktiv um die Unterstützung ihrer Politik im *Legislative Council* bemühen. Schließlich haben sie die Verantwortung für die Umsetzung der Politik und die Bereitstellung entsprechender Verwaltungsdienstleistungen in ihrem jeweiligen Ressortbereich zu übernehmen. Dem *Chief Secretary of Administration* kommt eine herausgehobene Stellung bei der Aufsicht über die Verwaltungsarbeit und der Harmonisierung der verschiedenen Politikbereiche zu.

Die Einkommen der Minister, die wie bisher aus dem *Civil Service*, aber auch aus Wirtschafts-, Wissenschafts- und anderen gesellschaftlichen Kreisen rekrutiert werden können, sollen nach der jeweiligen politischen Verantwortung gestaffelt werden. So soll der *Chief Secretary of Administration* künftig 4,15 Mio. HKD, der *Financial Secretary* 4,01 Mio. HKD, der *Secretary of Justice* 3,87 Mio. HKD und alle weiteren elf *Secretaries* 3,74 Mio. HKD jährlich verdienen. Insgesamt werden somit pro Jahr Kosten von rund 42 Mio. HKD für die Finanzierung der neuen politischen Ämter anfallen.

Von dem neuen Ministerialsystem erhofft sich Tung Chee-hwa nach eigenen Aussagen ein Führungsteam mit besserer Koordinierung, einer gemeinsamen Vision und klaren politischen Prioritäten, um die zukünftigen He-

rausforderungen für Hongkong besser zu bewältigen. Damit versprach er zugleich einen neuen Regierungsstil, der der öffentlichen Meinung gegenüber offener und aufmerksamer sein würde.

Vertreter des demokratischen Lagers übten an den Plänen heftige Kritik. So wurde beklagt, dass den nun vorgelegten Plänen kein ausreichender Konsultationsprozess in der Öffentlichkeit und im Parlament vorangegangen sei. Eine Realisierung bereits zum 1. Juli dieses Jahres sei daher erheblich verfrüht. Grundsätzlich wurde vor allem kritisiert, dass die Macht des *Chief Executive* aufgrund mangelnder demokratischer Kontrollmechanismen durch das geplante Ministerialsystem noch weiter gestärkt würde. Deren politische Verantwortlichkeit bestehe keineswegs der Öffentlichkeit bzw. der Legislative, sondern einzig und allein dem *Chief Executive* gegenüber. Indirekt werde somit auch der Einfluss der chinesischen Zentralregierung in Beijing auf die Besetzung der höchsten politischen Ämter in Hongkong wachsen. Demokratische Abgeordnete des *Legislative Council* warnten davor, dass der *Chief Executive* durch das neue Ministerialsystem zu einem von lauter „*Yes-men*“ umgebenen „Diktator“ werden könne, solange keine weiteren Demokratisierungsschritte eingeleitet würden, durch die die Exekutive einer effektiven Kontrolle unterzogen werde. Von 35 Abgeordneten im *Legislative Council* wurde ein Unterausschuss gebildet, der sich der intensiven Diskussion dieser Kritikpunkte widmen soll.

Tung Che-hwa wies die Kritik von sich, indem er argumentierte, dass das *Basic Law*, das Hongkonger Grundgesetz, dem *Chief Executive* bereits jetzt weitreichende Befugnisse bei der Bestellung der höchsten Regierungsämter zuweise. Daher könne nicht die Rede davon sein, dass seine Macht durch das neue Ministerialsystem wachsen werde; vielmehr sei das Ziel, die politischen Kompetenzen in effizienterer Weise zu delegieren als bisher. Auch gelte es ihm keineswegs, „*Yes-men*“ um sich zu scharen, sondern talentierte, fähige und engagierte Personen aus allen gesellschaftlichen Bereichen in die neuen Ministerämter einzusetzen.

Experten kommentierten die Pläne in differenzierterer Weise. Einerseits sieht man in dem neuen Ministerialsystem durchaus eine geeignete Reaktion auf das wahrgenommene Defizit an klarer politischer Führung, die Tung Chee-hwas Regierung seit Jahren zum Vorwurf gemacht worden war. So lässt sich argumentieren, dass das bisherige System tatsächlich zu schwerfällig und komplex war, um einen Zugriff des *Chief Executive* auf die Verwaltung zu erlauben. Wie man den Berufsethos des aus dem kolonialen System übernommenen, auf politische Neutralität verpflichteten *Civil Service* auch bewerten mag, so erwies es sich in den vergangenen Jahren häufig als problematisch, eine kollektive politische Identität und Koordinierung innerhalb der Verwaltung zu schaffen. Auch kann argumentiert werden, dass Hongkong mit dem neuen Ministerialsystem in gewisser Weise zum Regierungsstil der kolonialen Epoche zurückfindet, indem funktionalen Kriterien der Effektivität Vorrang vor normativen Kriterien demokratischer Legitimität eingeräumt wird. Oberste Priorität wird einer effizienten Verwaltung eingeräumt, die sich vor allem an pragmatischen wirtschaftspolitischen Interessen ausrichtet.

Diesen eher positiven Einschätzungen müssen allerdings skeptische Argumente entgegengestellt werden. Hier ist zuallererst zu sehen, dass das nun vorgeschlagene Modell keine Lösung des oben benannten Grundproblems einer zunehmenden wechselseitigen Lähmung von Exekutive und Legislative darstellt, das ursprünglich den Ausschlag für immer lauter werdende Forderungen nach einem Ministerialsystem gegeben hatte. Das neue Ministerialsystem löst den bestehenden Teufelskreislauf nicht auf, sondern droht ihn noch weiter zu verstärken, indem es die ohnehin bereits ausgeprägte Dominanz der Exekutive noch fördert, während die politische Einflusskraft der Legislative weiter zurückgehen dürfte. Dieser Trend dürfte sich nur insoweit aufhalten lassen, wie der Anspruch Tung Chee-hwas, seine politische Führung stärker der öffentlichen Aufsicht unterstellen zu wollen, durch entsprechende Forderungen einer kritischen Hongkonger Öffentlichkeit auch eingelöst wird.

Konkret wird sich der Erfolg oder Misserfolg des neuen Systems vor allem daran bemessen, wie sich der *Civil Service* zu den neuen Ministern verhält. Als bewährter Träger politisch neutraler Verwaltungskompetenz erfüllte der *Civil Service* bislang mit einigem Stolz eine Rolle als institutioneller Garant der Kontinuität der politischen Autonomie Hongkongs. Seine nun geplante Herabstufung im politischen System dürfte auf erheblichen Unmut stoßen, zumal die Staatsbediensteten gegenwärtig ohnehin das Opfer rigider Sparmaßnahmen sind. So wurde die Zahl der Stellen im *Civil Service* von 198.000 im März 2000 bereits auf 184.300 im Januar 2002 reduziert. Bis zum März 2003 soll die Zahl weiter auf 181.130 reduziert werden. Auf heftigen Widerstand stoßen aber vor allem jüngst formulierte Pläne, die Gehälter im *Civil Service* um 4,75% zu senken, um sie der allgemeinen Wirtschaftslage und den Gehältern im privaten Sektor anzupassen – ein Schritt, der von der Mehrheit der Hongkonger Bevölkerung offenbar gutgeheißen wird.

Wenn aber, wie abzusehen ist, angesichts der wachsenden personellen, finanziellen Kürzungen und vor allem der politischen Kompetenzbeschränkungen Frustrationen und Widerstände in der öffentlichen Verwaltung weiter um sich greifen, wird eine effiziente Umsetzung der zukünftigen Politik der Exekutive grundsätzlich in Frage gestellt sein. In einem Klima sinkender Effektivität und Legitimität wiederum könnten aber immer häufiger Krisensituationen entstehen, die ein Eingreifen der chinesischen Zentralregierung nahe legen. Die Folge könnte eine beschleunigte Unterhöhlung der Autonomie der Sonderverwaltungsregion sein. (Hong Kong Special Administrative Region government web site, www.info.gov.hk, 17.2.02; RTHK Radio 3, 13., 17., 18., 19., 21.4.02, nach BBC PF, 14., 18., 19., 20., 22.4.02; *Ta Kung Pao*, 18.4.02, nach FBIS, 18.4.02; *Wen Wei Po*, 20.4.02, nach FBIS, 20.4.02; XNA, 18., 19., 22.4.02; SCMP, 18., 19., 22., 24.4.02; *Hong Kong iMail*, 24.4.02; WSJ, 17.4.02; FT, 12., 17.4.02; NZZ, 26.4.02) -hol-

38 Hongkong verweigert Exil-dissident Harry Wu die Einreise

Dem in den USA lebenden Exildissidenten Harry Wu (chin. Wu Hongda) wurde Mitte April von der Hongkonger Einwanderungsbehörde die Einreise in die Sonderverwaltungsregion verweigert. Nachdem er gemeinsam mit einem mitreisenden Journalisten bei der Ankunft am Hongkonger Flughafen am Abend des 14. April zunächst für mehrere Stunden festgehalten worden war, wurde er am nächsten Morgen mit der vagen Angabe von „Sicherheitsgründen“ abgeschoben und in die USA zurückgeschickt.

Der Fall löste international Verunsicherung aus, zumal bekannt wurde, dass Harry Wu zuletzt im August 1997 die Einreise in der Sonderverwaltungsregion noch gestattet worden war. Die jüngste Einreiseverweigerung der Hongkonger Behörden wird daher allgemein als Signal für eine um sich greifende Praxis gewertet, Restriktionen gegen Personengruppen zu ergreifen, die der chinesischen Zentralregierung in Beijing unliebsam sind oder sein könnten.

Der 65-jährige Harry Wu war zwischen 1960 und 1979 in einem chinesischen Arbeitslager interniert gewesen, nachdem er Kritik an der sowjetischen Invasion Ungarns im Jahr 1956 geübt hatte. Nach seiner Entlassung und der Emigration in die USA gründete er dort ein „China Information Centre“, wo er sich mit verschiedenen Bereichen der Menschenrechtsverletzungen, insbesondere den Bedingungen in Arbeits- und Umerziehungslagern in China befasste. In den frühen 1990er Jahren war er mehrmals nach China zurückgekehrt, um dort unerkannt in Haftanstalten zu recherchieren. 1995 wurde er in Wuhan unter dem Vorwurf der Spionage und des Diebstahls von Staatsgeheimnissen zu 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt und in die USA ausgewiesen.

Seine jüngste Reise nach Hongkong sollte dem Zweck dienen, mit Frank Lu, dem dortigen Leiter des „Information Centre for Human Rights and Democracy“, in Kooperation zu treten und in der Sonderverwaltungsregion einen Ableger seines „China Information Centre“ in den USA zu gründen.

So weit bekannt ist, sollte die Finanzierung dieses Hongkonger Ablegers in erster Linie von Seiten Harry Wus erfolgen. In diesem konkreten Motiv für seine diesmalige Reise nach Hongkong sehen viele den konkreten Grund für die Einreiseverweigerung. So ist nach dem Dafürhalten aller Kommentatoren offensichtlich, dass die Entscheidung unter dem Druck der Beijinger Führung gefallen ist, die keinen weiteren Ausbau Hongkongs zur „Bastion“ für, wie es heißt, „subversive“ Aktivitäten chinakritischer Organisationen wünscht.

Nach seiner Rückkehr in die USA hat Harry Wu heftigen Protest gegen die Einreiseverweigerung der Hongkonger Behörden eingelegt und versucht, amerikanische Abgeordnete zu mobilisieren. Seiner Kritik gab er unter anderem dadurch Ausdruck, dass er die Lebensgeschichten seines eigenen Vaters und des Vaters von Tung Chee-hwa, dem Hongkonger Regierungschef, einander gegenüberstellte. So habe sein eigener Vater, damals ein bekannter Shanghaier Banker, sich bei der Gründung der Volksrepublik China aus patriotischen Gründen dafür entschieden, in Shanghai zu bleiben – eine Entscheidung, die er in späten Lebensjahren aufgrund der damit verbundenen großen persönlichen, familiären und finanziellen Opfer bereut habe. Tung Chee-hwas Vater dagegen sei damals aus Shanghai geflohen und habe damit nach kommunistischer Sprachregelung sein Vaterland „verraten“ – mit der Folge, dass er daraufhin ein umfangreiches Vermögen erwerben konnte. Wu entschuldigte sich dafür, dieses Thema des so genannten „Vaterlandsverrats“ zur Sprache zu bringen, wollte damit aber die von ihm empfundene grundlegende „Scheinheiligkeit“ der Hongkonger gegenüber China auf den Punkt bringen. Mit diesem Appell dürfte er in der Tat einen empfindlichen Punkt in der Identität vieler Hongkonger getroffen haben, doch wird dies kaum etwas an der Haltung der dortigen Verwaltungsbehörden ändern.

Tatsächlich lässt sich der Fall als weiterer Hinweis für eine wachsende Hörigkeit der Hongkonger Regierung gegenüber der Beijinger Führung und damit auf eine zunehmende Unterhöhung der im *Basic Law* festgeschriebenen Autonomie Hongkongs deuten.

Konkret aber wirft er vor allem die Frage auf, wie es in Zukunft um das Arbeitsumfeld von Menschenrechtsorganisationen und anderen chinakritischen Nichtregierungsorganisationen und Individuen bestellt sein wird. Bislang konnten Personen wie Frank Lu oder der Gewerkschaftsaktivist Han Dongfang in Hongkong relativ unbehelligt arbeiten, doch fürchten manche, dass sich dies in absehbarer Zukunft ändern könnte. Dies würde sich auf die gesamte internationale Medienberichterstattung und die Analyse der politischen Vorgänge in China äußerst negativ auswirken, da relevante Informationen (wie zuletzt etwa über die groß angelegten Arbeiterunruhen in Nordostchina) bislang in der großen Mehrzahl über entsprechende Organisationen in Hongkong verbreitet worden sind. (Information Centre for Human Rights and Democracy, 15.4.02, nach BBC PF, 16.4.02; RTHK Radio 3, 15., 20.4.02, nach BBC PF, 16., 21.4.02; SCMP, 19.4.02; WSJ, 26.4.02) -hol-

39 China-Korrespondent Jasper Becker von SCMP entlassen

Der dramatische Niedergang der Hongkonger Presse geht weiter: am 29. April hat die *South China Morning Post* (SCMP) ihren bekanntesten Reporter, den Leiter ihres Hauptstadtbüros Jasper Becker fristlos entlassen. Der 45-jährige Brite gehört nicht nur zu den einflussreichsten westlichen Journalisten in Beijing, sondern hat auch mehrere Bücher veröffentlicht, darunter *Hungry Ghosts: Mao's Secret Famine* (1997) und *The Chinese* (2000).

Becker war nicht der erste Mitarbeiter der SCMP, der aus politischen Gründen gehen musste. 1999 wurde der Vertrag des Chefredakteurs Jonathan Fenby nicht mehr verlängert. Im November 2000 wurde der prominente Redakteur Willy Wo-Lap Lam entlassen, im letzten Jahr der Redakteur Danny Gittings. Schon vor ihnen musste der kritische Karikaturist Larry Feign gehen.

Nachdem Beckers Entlassung Ende April in verschiedenen Zeitungen gemeldet wurde, veröffentlichte er selbst am 4. Mai in der *Washing-*

ton Post den Artikel 'Why I was fired'. Hierin stellt er einen direkten Zusammenhang zwischen der chinesischen Machtübernahme in Hongkong (1997), dem Niedergang der Hongkonger Medien und seiner eigenen Entlassung her. Er beschreibt den Kauf der SCMP durch den pro-chinesischen malaysischen Multimillionär Robert Kuok und die darauf folgende Entlassung des Chefredakteurs Jonathan Fenby. Der China-Redakteur Willy Lam wurde durch einen Journalisten der in Beijing erscheinenden KP-Zeitung *China Daily* ersetzt. Danach wurden zunächst die Arbeitsmöglichkeiten der chinesischen Angestellten eingeschränkt und schließlich wurden auch die westlichen Angestellten stärker kontrolliert. Vor allem die Berichterstattung über heikle Themen wie Arbeiterunruhen, Falungong und Tibet sowie kritische Berichte über Chinas Spitzenpolitiker wurden reduziert und zensiert. Becker sieht auch einen Zusammenhang zwischen der gestärkten Position des Regierungschefs Tung Chee-hwa nach dessen Wiederwahl, der darauf folgenden Verschärfung der Zensur und seiner eigenen Entlassung.

In einem Beitrag für *Asian Wall Street Journal* kritisierte der SCMP-Chefredakteur Thomas Abraham seinen früheren Mitarbeiter und begründete die Kündigung. Dagegen verteidigten Willy Lam (jetzt bei CNN) und Jonathan Fenby ihren früheren Kollegen Becker. Danny Gittings (jetzt: *Asian Wall Street Journal*) hat seine Erfahrungen mit der *South China Morning Post* im Februar 2002 in China Brief (<http://china.jamestown.org>) dargestellt.

Die *South China Morning Post* ist nicht die erste oder einzige Hongkonger Zeitung, die unter Zensur und Opportunismus leidet. Schon in den neunziger Jahren hatte die berühmte Monatszeitschrift *The Nineties* (*Jiushi niandai*) ihr Erscheinen eingestellt. Im vergangenen Jahr ist *Asiaweek* eingegangen; mit dem altehrwürdigen *Far Eastern Economic Review* geht es immer mehr bergab, einige prominente Journalisten sind weggegangen. Angesichts des politischen und wirtschaftlichen Drucks (z.B. Anzeigenboykott) ist nicht davon auszugehen, dass in absehbarer Zeit in Hongkong neue, unabhängige Zeitungen

und Zeitschriften gegründet werden. (*Washington Post*, 1.5., 4.5., 11.5.02; *AWSJ*, 7.5., 8.5.02) -tk-

40 Eskalation der Konflikte mit VR-Bürgern ohne Aufenthaltsrecht in Hongkong

Erwartungsgemäß ist im April in Hongkong die Konfrontation zwischen den Behörden und den VR-Bürgern ohne Aufenthaltsrecht weiter eskaliert. Im Januar hatte ein Hongkonger Gericht entschieden, dass Bürger der Volksrepublik, die ohne Aufenthaltsrecht in Hongkong wohnten, ausgewiesen werden könnten, wodurch vor allem Kindern, die geboren wurden bevor die Eltern Aufenthaltsrechte erlangten, die Trennung von ihren Eltern drohte. Kurz darauf hatte Regierungschef Tung Chee-hwa gefordert, dass die betroffenen – etwa 5-7.000 – Personen bis zum 31. März Hongkong verlassen müssten (vgl. C.a., 2001/12, Ü 33, 2002/1, Ü 32). Da nicht damit gerechnet wurde, dass viele der Betroffenen freiwillig gehen würden, wurde der April von Beteiligten und Beobachtern mit Spannung erwartet.

Ende März teilte ein offizieller Sprecher mit, dass 1.599 von 2.919 registrierten Personen Hongkong verlassen hätten. Allerdings waren viele Betroffene nicht registriert; die Einwanderungsbehörde ging Anfang April davon aus, dass sich noch etwa 4.300 Personen illegal in Hongkong aufhielten. Regierungsmitglieder gaben bekannt, dass wohl etwa 2.000 Personen deportiert werden müssten. Um mehr Personen zur Rückkehr zu bewegen, gaben die Behörden außerdem bekannt, dass in Zukunft für VR-Bürger die Möglichkeiten zum Besuch von engen Verwandten in Hongkong verbessert werden würden.

Am 1. April protestierten mehrere hundert Eltern bei der Einwanderungsbehörde und forderten das Aufenthaltsrecht für ihre Kinder. Mitte April wurden mehrere Deportationen von Einzelpersonen gemeldet, größere Aktionen wurden erst Ende des Monats bekannt. Mehrere hundert Personen hielten sich mehrere Wochen in einem Hongkonger Park auf, um gegen die Regierungsmaßnahmen zu protestieren; als die Polizei einige Dutzend von ihnen festnahm, waren darunter

jedoch nur wenige ohne Aufenthaltsrecht. Die meisten direkt Betroffenen scheinen sich eher zu verstecken.

Ein Problem der Behörden besteht darin, dass einerseits internationales Aufsehen erregende Zwischenfälle vermieden werden sollen, andererseits nur mit einem gewissen Medienspektakel eine abschreckende Wirkung erreicht werden kann. Hierbei geht es nicht so sehr um die schon in Hongkong lebenden VR-Bürger, sondern eher um die, die noch kommen könnten. Um nicht den Eindruck zu erwecken, dass vor allem unschuldige Kinder Opfer der Zwangsmaßnahmen werden, sind die Behörden dazu übergegangen, Jugendliche, die schon länger in Hongkong leben und gerade die Volljährigkeit erreichen, festzunehmen und abzuschieben. (FT, 29.3.02; BBC, 31.3., 1.4., 2.4., 8.5.02; *New York Times*, 2.4.02; *Times*, 2.4.02; *Straits Times* online, 4.4., 7.4., 15.4.02; *Washington Post*, 13.4.02) -tk-

41 Hongkongs Wachstumsaussichten – Ende der Stagnation?

Der Internationale Währungsfonds (IWF) veröffentlichte in seiner jüngsten Publikation *World Economic Outlook* eine Prognose für das Wirtschaftswachstum Hongkongs für das laufende und das kommende Jahr. Nach Voraussage des IWF wird das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in diesem Jahr um 1,5% und im Jahr 2003 um 3,6% zunehmen. Die Prognose basiert auf der Annahme einer Erholung der globalen Nachfrage sowie der Nachfrage im IT-Sektor, die das Wachstum in Hongkong, Singapur und Taiwan verstärken könnte. Allerdings werde der Aufschwung nicht so stark wie Ende der 90er Jahre ausfallen. Für das laufende Jahr geht der IWF von einer Fortsetzung der deflationären Entwicklung (Rückgang der Preise um 2,5% gegenüber 2001) aus sowie von einer Verbesserung der Leistungsbilanz. Er erwartet eine Zunahme des Anteils des Leistungsbilanzsaldos am BIP von 7,4% (2001) auf 7,7% (2002 und 2003).

Mit den o.g. Prognosen liegt der IWF deutlich höher als die Asiatische Entwicklungsbank (ADB), die Anfang April für das Jahr 2002 ein Wach-

tum von 2,1% und für 2003 von 4,8% vorausgesagt hat. Weiterhin hat die Weltbank im April eine Wachstumsprognose für 2002 von 1,8% und für 2003 von 4,3% vorgelegt.

Die Erwartungen der Hongkonger Regierung sind im Vergleich zu den Prognosen der ADB, der Weltbank und des IWF sehr zurückhaltend. So ging der neue Finanzminister Antony Leung in seiner Rede zur Vorstellung des Haushalts lediglich von einem Wachstum von rd. 1% in diesem Jahr aus. (*AWSJ*, 18.4.02; *SCMP*, 19.4.02)

Zu den größten Problemen der Hongkonger Wirtschaft zählt nach wie vor die relativ schwache Nachfrage, die im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit steht, sowie die Deflation. So nahm die Arbeitslosigkeit in den ersten drei Monaten d.J. um weitere 0,2% zu und stieg insgesamt auf 7%. Damit erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen um 11.000 auf 239.000 Personen. Entlassungen sowie neu auf den Arbeitsmarkt drängende Arbeitskräfte gelten als Ursachen für die Zunahme der Arbeitslosigkeit. (*SCMP*, 19.4.02)

Saisonal bereinigte Statistiken zum Einzelhandelsumsatz im ersten Quartal d.J. zeigen eine Zunahme um 4,5%. Im letzten Quartal des Vorjahres lag die Steigerung lediglich bei 1,8%, und im dritten Quartal wurde sogar ein negatives Wachstum von 5,1% verzeichnet. Zum Teil ist diese Entwicklung auf die geringeren Umsätze durch den Tourismus zurückzuführen, der normalerweise mit rd. 20% zum Einzelhandelsumsatz beiträgt. (*SCMP*, 8.5.02)

Nach Angaben des Census and Statistics Department ging der zusammengefasste Verbraucherpreisindex im März um 2,2% gegenüber der Vorjahresperiode zurück. Im gesamten ersten Quartal sank der Index um 2,6% gegenüber der Vorjahresperiode. Die stärksten Preisrückgänge verzeichneten langlebige Konsumgüter. (*XNA*, 24.4.02)

Die derzeitige Wirtschaftssituation wird von ausländischen Analysten als „Vertrauenskrise“ beschrieben, die zum Teil auf den erneuten Konjunkturunbruch innerhalb von vier Jahren zurückgeführt wird. In den Jahren zuvor konnte sich Hongkong eines nahezu ungebrochenen Wachstums erfreuen

en. Weiterhin leidet Hongkong nach wie vor noch unter den negativen Auswirkungen des Preisabsturzes von Immobilien vor rd. fünf Jahren. Allerdings könne der Konjunkturerinbruch mit einem Wachstum von 0,1% im letzten Jahr nicht als Rezession bezeichnet werden. Nach wie vor zähle Hongkong zu den reichsten Städten mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von mehr als 24.000 US\$. Weiterhin liege Hongkong auf Platz neun im internationalen Handel und verfüge aufgrund seiner engen Zusammenarbeit mit Südchina, in das ein großer Teil der Produktion im Rahmen des Veredlungshandels ausgelagert wurde, über eine hohe Wettbewerbsfähigkeit bei der Ausfuhr von Konsumgütern. Es könne damit gerechnet werden, dass die positiven Auswirkungen des chinesischen WTO-Beitritts sowie die sich abzeichnende Erholung der Weltwirtschaft gute Voraussetzungen für einen erneuten Wirtschaftsaufschwung Hongkongs bieten. (FT, 4.5.02) -schü-

42 Singapur besserer Wirtschaftsstandort als Hongkong?

In einem Bericht der EIU (Economist Intelligence Unit) von April d.J. fällt die Bewertung Singapurs als Wirtschaftsstandort deutlich besser aus als die Hongkongs. Die Studie der EIU fragt danach, in welchem Land das beste Geschäftsumfeld im Zeitraum 2002 bis 2006 erwartet werden kann und nimmt einen Vergleich zum vorangegangenen Zeitraum 1997 bis 2001 vor. In einem Vergleich von 60 Ländern/Wirtschaften fiel Hongkong von Rang 5 auf nunmehr Rang 11. Während Hongkong im Zeitraum 1997 bis 2001 noch als der beste Wirtschaftsstandort in Asien galt, geht die EIU für die Zeit von 2002 bis 2006 davon aus, dass Singapur diese Stelle einnehmen wird.

Als Gründe für die Bewertung nennt die EIU vor allem das politische Klima in Hongkong, dass als Erosion der politischen Unabhängigkeit von Festlandchina verstanden wird. Weiterhin weist die EIU auf die Verschlechterung der makroökonomischen Bedingungen hin sowie auf die Bedenken hinsichtlich der Politik der Regierung ge-

genüber Privatunternehmen und dem Wettbewerb, der durch Kartelle und Begünstigung bestimmter Unternehmen eingeschränkt werde. Auch das wachsende Haushaltsdefizit müsse kritisch beurteilt werden. Darüber hinaus befürchtet die EIU, dass sich die Qualität der Arbeitskräfte verschlechtere und dass sie nicht in der Lage seien, sich neue Kenntnisse anzueignen, die für eine wissensbasierte Wirtschaft Voraussetzung wären.

Die Bewertung der EIU stieß in Hongkong erwartungsgemäß auf Kritik. So wies Finanzminister Leung darauf hin, dass der EIU-Bericht die Vorteile des Hongkonger Steuersystems im Vergleich zu Singapur nicht betont habe. So sei das Hongkonger Steuersystem weitaus einfacher und weise niedrigere Steuersätze auf. Auch die Hongkonger Handelskammer kritisierte, dass der EIU-Bericht zugunsten Singapurs verzerrt sei. Von der Vereinigung der Hongkonger Industrien wurde eingewandt, dass der Bericht nicht genug die Nähe zur boomenden festlandchinesischen Wirtschaft bei der Bewertung des Geschäftsumfeldes betont habe.

Einem Sprecher der Hongkonger Regierung zufolge, stieg die Zahl der regionalen Hauptquartiere multinationaler Unternehmen und ihrer Repräsentanzen um 7,9% auf 3.237 im letzten Jahr. Ende 2000 habe sich das Volumen der ausländischen Direktinvestitionen auf 456,3 Mrd. US\$ belaufen. (SCMP, 25.4.02; www.ChinaBiz.org, 26.4.02; www.chinaonline, 26.4.02; XNA, 26.4.02; BBC PF, 24.4.02) -schü-

SVR Macau

43 US-Macau Policy Act Report 2002

Das amerikanische Außenministerium legte den zweiten „*United States-Macau Policy Act Report*“ vor. Das amerikanische Generalkonsulat in Hongkong gab diesen Jahresbericht am 11. April heraus. Darin wird Macau eine positive Entwicklung unter chinesischer Souveränität bescheinigt. Im vergangenen Jahr habe sich die Regie-

rung der SAR „öffentlich zu ihrer umfassenden Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und den globalen Anstrengungen gegen den Terrorismus verpflichtet“, unterschiedene Schritte zur Öffnung und neuen Positionierung der Wirtschaft unternommen, den Zolldienst reorganisiert und weitere Fortschritte bei dem Bestreben gemacht, die eigene Identität durch verstärkte offizielle Kontakte mit dem Rest der Welt aufzuzeigen. Die Bürger Macaus erfreuten sich nach wie vor der grundlegenden Menschenrechte und eines einzigartigen Lebensstils, der sich vom chinesischen Festland unterscheidet, und Macaus Führung regiere und entscheide nach wie vor gemäß der besonderen Identität und den Interessen Macaus, so der Bericht. In Anerkennung des hohen Maßes an Autonomie räumten die Vereinigten Staaten Macau weiterhin einen Sonderstatus in ihren Gesetzen und ihrer Politik ein, der nicht für das übrige China gelte. Der Bericht hebt ferner die Bemühungen der Regierung um den Schutz geistigen Eigentums und die Zusammenarbeit bei der Durchsetzung von Gesetzen zur Verhinderung von übernationalen Verbrechen und Geldwäsche hervor.

Ähnlich positiv über Macaus politischen und wirtschaftlichen Weg äußerte sich der amerikanische Generalkonsul in Hongkong und Macau, Michael Klosson, am 8. Mai in einer Rede an der Universität von Macau. In seiner fast dreijährigen Amtszeit sei er Zeuge einiger größerer Fortschritte in Macau geworden. Am wichtigsten sei die Rückkehr Macaus an China im Rahmen von „Ein Land, zwei Systeme“ gewesen. Die Wahlen zur Legislativversammlung im letzten Jahr seien ein wichtiger Schritt im politischen Fortschritt Macaus gewesen, und die Maßnahmen zur Liberalisierung der Glücksspielindustrie führten Macaus Wirtschaft in eine neue Ära. Nicht zuletzt hob er die Bemühungen der Regierung bei der Bekämpfung der Kriminalität hervor, die die Bürger verängstigt und das internationale Ansehen Macaus beschädigt habe.

Einen Monat zuvor, am 4. März, hatte das amerikanische Außenministerium den „Menschenrechtsbericht 2001 über Macau“ herausgegeben. Darin wurde festgehalten, dass „einige Mitglieder der Sicherheitskräfte Menschen-